Thorner  Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 35 — Dienstag, 11. Februar — 1919

Neueste Nachrichten.

Tagung der westpreußischen A.- u. S.-Räte in Danzig.

Danzig, 10. Februar. (Dr) Die A.- und S.-Räte der Provinz Westpreußen begannen gestern vormittag eine zweitägige Verhandlung.

Ein Antrag, den Vollzugs-Ausschuß in Danzig neu zu wählen und in ihm bürgerliche Vertreter aufzunehmen wurde ohne jede Aussprache einstimmig abgelehnt.

Wegen der schlechten Kohlenversorgung des Ostens wurde an die Arbeiterschaft in den Kohlenrevieren ein Telegramm gesandt und darin gebeten, alles daran zu setzen, um die Kohlenförderung zu erhöhen. Am Schluß des Telegramms heißt es: Unsere Kinder hungern und frieren, wir haben keine Arbeit.

An die Nationalversammlung in Weimar wurde folgendes Telegramm gesandt:

Die heutige Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte der Provinz Westpreußen entbieten der Nationalversammlung Gruß und Glückwunsch. Vergeßt nicht den bedrohten Osten des Reiches und seine Kohlennot.

In der Frage der Neuregelung der Kommandogewalt wurde nach stundenlangem Beraten folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung verurteilt in schärfster Form das Vorgehen der Regierung, die durch die Neuregelung der Kommandogewalt nach dem Armee-Verordnungsblatt 8 vom 19. 1. 19 die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 16. 12. 18 vollständig übergeht. Die Aussetzung der Ausführungen mehrerer der Verordnungen durch den Vollzugsausschuß Danzig findet die vollständige Billigung der Versammlung. Die anmaßenden Telegramme gewisser reaktionär gerichteter Grenzschutztruppen werden als unverschämt aufs entschiedenste zurückgewiesen. Es wurde ein Antrag angenommen, das Generalkommando 17. A. K. zu ersuchen, den Führer der Abteilung Roeseler seines Postens zu entheben und ihn zu bestrafen, weil er in einem Telegramm an den Vollzugsausschuß erklärt hatte, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften seiner Abteilung seien bereit, mit Waffengewalt gegen den Vollzugsausschuß vorzugehen, wenn die er nicht auf dem Boden der Reichsregierung stehe.

Schließlich wurde ein Korps-Soldatenrat gebildet, der dem Vollzugsausschuß angegliedert wird mit der Bestimmung, das Generalkommando zu überwachen.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 10. Februar. (Dr) Gestern, am 9., wurden der Josephinen-Brückenkopf und Teile von Steinburg wieder genommen. Bei Josephinen wurden 6 Maschinengewehre erbeutet. An den anderen Fronten herrschte rege Patrouillentätigkeit.

Bestrafung der aufständischen Polen.

Berlin, 10. Februar. (Dr.) Wegen Hochverrats und Widerstandes gegen die bewaffnete Macht hatten sich nach einem Privattelegramm des „Berl. Tagebl.“ aus Bromberg vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustandes 11 Polen zu verantworten, die in den Kämpfen um Grüntal und Hopfengarten gefangen genommen wurden. Sie wurden insgesamt zu 145 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Geestemünde von den Regierungstruppen besetzt.

Bremen, 9. Februar. (Dr.) Bösemanns Telegr.-Büro meldet: Der Bahnhof von Geestemünde wurde um Mitternacht ohne Widerstand besetzt. Um 7 Uhr früh rückten die Truppen ein. Mit ihnen zusammen arbeitete die 3. Matrosen-Artillerie und sperrte die Stadt gegen Norden ab. Die Marinebrigade leitete sich vor die große Kanalschleuse, um die Abfahrt der dort liegenden Minensucher zu verhindern. Es wurden von diesen etwa 100 Mannschaften festgesetzt, heute aber wieder entlassen. Es herrscht vollständige Ruhe.

Was die Wahlziffern lehren.

Von einem an den letzten Wahlen hervorragend beteiligten Parteifreund wird uns geschrieben:

Nachdem die Wahlleidenschaft abzuebben beginnt, darf man wohl die Wahlergebnisse einer ruhigen sachlichen Aussprache unterziehen, ohne dabei absichtlichem Mißverstehen ausgesetzt zu sein. Eine Reihe von Streitfragen löst sich jetzt ganz einfach ziffernmäßig und damit unwiderleglich. Die Lösungen werden auch nach der Wahl noch weitere Kreise lebhaft interessieren. Deshalb seien sie hier kurz mitgeteilt.

Bei allen Berechnungen muß man davon ausgehen, daß sich die Zahl der Wahlberechtigten diesmal, im Vergleich zur letzten Reichstagswahl 1912, insgesamt infolge der Einbeziehung der Frauen, der Jugendlichen und der Soldaten verzweieinhalbfacht hat. Man muß also, wenn man Vergleiche mit der vorigen Wahl anstellen will, um die Verschiebungen festzustellen, die alten Wahlergebnisse der einzelnen Parteien in ganz Westpreußen vom Jahre 1912 mit $2^1/_2$ multiplizieren, um die so gewonnenen Normalziffern dann den Wahlresultaten von 1919 gegenüberzustellen. Wir legen den Berechnungen die amtlich ermittelten Zahlen vom 19. Januar, also von den deutschen Nationalwahlen, zugrunde.

Dann ergibt sich zunächst auf die Frage, **wie die Wahl bei Beteiligung der Polen ausgefallen sein würde**, folgende Antwort: Man darf gewiß annehmen, daß die polnische Wählerziffer von 1912 in ganz Westpreußen mit rund 100 000 × $2^1/_2$ = 250 000 Stimmen wieder erreicht worden wäre. Dann aber hätten die Polen diesmal bei sonst gleichem Wahlausfall und bei Listenverbindung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien drei Mandate erhalten, die verbündeten Sozialdemokraten auch drei, die Demokraten und die Deutschnationalen je zwei und das Zentrum einen Abgeordnetensitz. Außer dem Zentrum hätten also alle anderen Parteien ein Mandat an die Polen abgeben müssen, die aber trotz dem durch ihre Mandatsziffer hätten bekunden müssen, daß Westpreußen keineswegs „unzweifelhaft polnisches Gebiet“ ist.

Ein weiterer heftiger Streit ist durch die amtlichen Ziffern jetzt endgültig entschieden worden: **die Frage der Listenverbindung zwischen Demokraten und Deutschnationalen.** Nimmt man an, die Verbindung beider Listen wäre bestehen geblieben, so ergibt die bekannte Berechnungsweise, daß beide Parteien zusammen sechs Mandate, und bei der späteren Auseinanderrechnung jede einzelne drei Sitze erhalten hätten. Alle Aufregungen hierüber waren also vollkommen überflüssig. Das Ergebnis wäre mit und ohne Listenverbindung das gleiche gewesen!

Besonders lehrreich aber ist das auf die oben beschriebene Weise zusammenstellbare **Gewinn- und Verlustkonto der Parteien.** Rechnet man die Stimmen der Deutschkonservativen, der Reichspartei und der Deutschen Reformpartei, die 1912 in Westpreußen abgegeben wurden, zusammen und multipliziert mit $2^1/_2$, so hätten die Deutschnationalen, die zugestandenermaßen alle diese Parteigruppen in sich aufgenommen haben, 212 310 Stimmen erhalten müssen. Sie bekamen aber in Wirklichkeit nur 127 411 und haben also einen Stimmenverlust von rund 85 000 zu beklagen. Dem Stimmenverlust entspricht der Verlust der Hälfte aller ihrer westpreußischen Abgeordnetensitze! Demgegenüber gewannen die Sozialdemokraten 118 607, das Zentrum (wohl mit einiger Polenhilfe) 27 791 und die Demokraten 16 228 Stimmen. Dabei ist für die Demokraten die ungünstigste Berechnung zugrunde gelegt, nämlich die Annahme, daß alle nationalliberalen Stimmen restlos ihnen zugute gekommen wären. Die Deutschnationalen haben das ja immer bestritten und die Nationalliberalen für sich reklamiert. Wäre das zutreffend, dann betrüge der Gewinn der Demokraten in Westpreußen 125 721 neue Wählerstimmen, überträfe also noch weit selbst den sozialdemokratischen! Aber natürlich sind wir viel zu bescheiden, um das ernsthaft behaupten, und viel zu wahrheitsliebend, um die Deutschnationalen bei ihren eigenen Behauptungen festhalten zu wollen.

Aber dies muß mit allem Nachdruck als das wichtigste Wahlergebnis für Westpreußen aus dieser Gewinnrechnung festgehalten werden; **keine Partei hat so wenig vor dem sozialdemokratischen Ansturm standzuhalten vermocht, wie die Deutschnationale Volkspartei. Sie, die sich stolz, und im Wahlkampf leider so pharisäisch überheblich als ganz besonders „zuverlässig national“ bezeichnet, bildet den allerunzuverlässigsten Damm gegen die rote Flut! Dagegen haben die als Gesinnungsgenossen der Sozialdemokraten verlästerten Demokraten ihren Abwehrkampf gegen links glänzend bestanden, denn sie haben sich nicht nur gehalten, sondern ganz erheblich verstärkt.** Das mit aller Deutlichkeit auszusprechen, wird für Gegenwart und Zukunft überaus nützlich sein, damit alle leidenschaftlichen Gegner der Sozialdemokratie klar zu sehen vermögen, daß sie im deutschnationalen Lager ihr Ziel am allerwenigsten erreichen, sich dort vielmehr der großen Gefahr aussetzen, am allerschnellsten von der Sozialdemokratie überflutet zu werden. Das vor mehr als einem Menschenalter gefallene Wort Bismarcks von der „**Vorfrucht der Sozialdemokratie**“, das man wieder ausgegraben hat, müßte heute, angesichts des Wahlausfalles in Westpreußen, vom Altreichskanzler ganz zweifellos auf die Deutschnationale Volkspartei angewendet werden.

Ein Abkommen über Lebensmittellieferungen der Alliierten an Deutschland.

Wilson hatte bekanntlich bei Abschluß des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt, daß an Deutschland, wenn es die Bedingungen erfülle, Lebensmittel geliefert werden sollten, um die Not der Bevölkerung zu lindern und damit die Aufrechterhaltung der Ordnung zu erleichtern. Während jedoch einerseits Reichs- und Heeresleitung das Menschenmögliche aufboten, um den harten Waffenstillstandsbedingungen zu genügen, wartete man andererseits bis heute vergeblich darauf, daß etwas geschehe, um Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen. Im Gegenteil: einige Bezugsquellen, die uns während der Dauer des Krieges noch offen gestanden hatten, wurden uns nur von den feindlichen Mächten verstopft. In jüngster Zeit war dann wohl die Rede davon, daß auf deutschen Schiffen Lebensmittel nach deutschen Häfen geführt werden sollten, allein nach den vielen Enttäuschungen hörte man wohl die Botschaft, allein es fehlte der Glaube. In viel bestimmterer Form tritt die Nachricht von Lebensmittellieferungen an Deutschland in der folgenden Meldung auf, die um ihrer amtlichen Eigenschaft willen Beachtung verdient. Immerhin wollen wir auch ihr gegenüber Zurückhaltung bewahren, denn es ist möglich, daß sich der Ausführung des angedeuteten Belieferungsplanes irgendwelche Hindernisse entgegenstellen. Eine nicht unwesentliche Rolle bei dem Angebot wird natürlich die Festsetzung des Preises spielen, über die vorläufig noch nichts gesagt ist. Wenn aber alles so geliefert würde, wie es vorläufig auf dem Papier steht, wäre damit die ärgste Not, namentlich der Fettmangel, einigermaßen behoben. Die sofort in Aussicht gestellten 30 000 Tonnen Schweinefleisch stellen eine Menge von 60 Millionen Pfund dar, woraus sich ergibt, daß davon auf den Kopf der etwa 65 Millionen Einwohner Deutschlands nahezu ein Pfund käme. Das ist nicht viel aber doch etwas, weil ja in der Bevölkerungszahl auch die kleinen Kinder mit eingerechnet sind. Außerdem sollen ja, eine befriedigende Regelung der Finanzfrage vorausgesetzt, bald weitere Lieferungen erfolgen. Eine ziemlich ausreichende Hilfe könnte man in den Nahrungsmittelmengen erblicken, die uns monatlich für die Zeit von März bis August zugesagt sind. Die Hauptsache ist, daß man bald etwas hereinbekommt; denn jemandem, der bereits verhungert ist, kann hinterher der schönste Schweinebraten nichts mehr nützen.

Die erwähnte Meldung der deutschen Waffenstillstandskommission lautet:

Berlin, 9. Februar. (Dr.) Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist nach dem Bericht der Deutschen Waffenstillstandskommission am 8. Februar in Spaa unterzeichnet worden. Der Oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rund 30000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefett und 250 000 Kisten kondensierte Milch nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung ist deutscherseits durch Gold und französische Devisen sichergestellt. Ferner wollen die Alliierten 200000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage gefunden wird. Für die Monate März bis August sind 400000 Tonnen Weizen, 100000 Tonnen Fette und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 100000 Ton. Mais oder andere Futterstoffe in Aussicht genommen.

Zur Erneuerung des Waffenstillstandes.

Paris, 9. Februar. (Drahtnachricht). Nach einer Havasmeldung setzte der Oberste Kriegsrat in seiner gestrigen Sitzung die Prüfung der Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes fort. Die Völkerbundkommission beschäftigte sich in der Sonnabend Sitzung mit der ersten Lesung des Entwurfs. Es sind nur noch einige Artikel zu prüfen. Eine gewisse Anzahl von Fragen wurde zur genaueren Fassung einem Revidierungsausschuß überwiesen.

Deutsche Nationalversammlung in Weimar.

Weimar, den 8. Februar. Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkverwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar, übermittelt durch die Funkenstation Thorn.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurden zu Vizepräsidenten der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, der Demokrat Haußmann, der Deutschnationale Dietrich sowie zu Schriftführern zwei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsanhänger, ein Demokrat, ein Deutschnationaler, ein Volksparteiler und ein Unabhängiger gewählt.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung begründete Staatssekretär Preuß das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt und führte u. a aus: Wir sind heute in Volk nach schwerem Kriegsleiden, nach Verlust des gewaltigsten Krieges der Weltgeschichte. Die Art, wie das Volk an der Front und im Hinterland diese schweren vier Jahre durchkämpfte, gibt uns das Recht, vertrauensvoll auf die Zukunft zu blicken. Es bedarf das, was durch die Revolution geschah, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Ergänzung durch die Nationalversammlung als Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir nach Kundgebungen dieser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Hinzutritt unserer deutschen

Brüder aus Oesterreich vervollständigen wird. Auch in den Wirren der letzten Tage ist im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Ich glaube an dieser Stelle allen Kräften des Beamtentums, die sich ohne Rücksicht auf politische Ueberzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung der Erledigung der vaterländischen Geschäfte stellten, Anerkennung aussprechen zu müssen. Ein großer mächtiger Drang in unserem Volke geht nach stärkerer Vereinheitlichung, ein Drang nicht nur des Gefühls, sondern der harten materiellen Notwendigkeit, will Deutschland nach allem, was geschah, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher seine Einheit betonen und stärken. Aber der Gegensatz dazu lag keineswegs nur in den Dynastien. Dieses Werk muß möglichst durch freundschaftliche Vereinbarung zu Stande gebracht werden Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werkes eilt, ist der Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt hervorgegangen. Er ist daher ein Kompromißentwurf, der möglichst rasch erledigt werden muß, damit eine rechtliche Ordnung gegründet sei, die im Innern Deutschlands eine sanktionierte Gewalt ausüben kann und die dem Auslande gegenüber über jeden Zweifel erhaben, berechtigt ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Da Wortmeldungen weiter nicht vorlagen, war die erste Beratung damit erledigt.

Die zweite Lesung wird Montag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr beginnen.

(Zweite Beratung des Entwurfes über die vorläufige Reichsgewalt)

Schluß nach 4 Uhr.

Einspruch der deutschen Waffenstillstandskommission gegen französische Zwangsmaßregeln.

Berlin, 9 Februar. (Dr) Die feindlichen Besatzungsbehörden haben außer dem Inhaber der Firma Gebr. Roechling in Diedenhofen auch den Prokuristen des Unternehmens Josef Drebber verhaftet und abgeführt. Die Verhaftung erfolgte am 2. 2. in Ems, das bekanntlich zum Brückenkopf Koblenz, also zum besetzten Gebiet gehört. Drebber soll wie viele andere Personen von den Alliierten wegen des Ankaufs von beschlagnahmten französischen und belgischen Maschinen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Waffenstillstandskommission hat seine sofortige Freilassung gefordert.

Die Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei.

Die Wahlen zur Nationalversammlung haben der Deutschen demokratischen Partei insgesamt 75 Mandate gebracht. Nach einer uns vorliegenden Zusammenstellung sollen sich darunter 8 Staatsbeamte, 6 Gemeindebeamte und 8 Lehrer befinden, das wären insgesamt 22 beamtete Abgeordnete, also etwa ein Drittel der insgesamt errungenen Mandate. Ein Prozentsatz, mit dem die demokratische Beamtenschaft wohl zufrieden sein dürfte, wenn alle diese 22 Beamte von der Beamtenschaft als ihre wirklichen Vertreter angesehen werden könnten. Das ist aber nicht so ohne weiteres der Fall. Bei mehreren der gewählten Beamten wird man erst abwarten müssen, inwieweit sie auch die besonderen Interessen der Beamten vertreten werden.

Soweit wir sehen können, wird von den unteren Beamten selbst keiner der aufgestellten Kandidaten zur Fraktion der Deutschen demokratischen Partei gehören, doch kann man wohl den im Wahlkreise 4 an zweiter Stelle gewählten Generalsekretär Remmers, der bekanntlich nicht nur Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, sondern auch Generalsekretär des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten ist, als den berufenen Vertreter der unteren Beamten ansehen. Etwas besser haben die mittleren Beamten abgeschnitten. Sie haben wenigstens einen der ihrigen, den Postsekretär Delius in Halle a. S. im Wahlkreis 13 durchgebracht. Noch günstiger steht die Lehrerschaft da. Gewählt worden sind Schulvorsteherin Frl. Kloß in Danzig (Wahlkreis 2), Lehrer Bruckhoff in Guben (Wahlkreis 6) und Lehrerin Ekke in Posen (Wahlkreis 8). Hinzu treten noch die Vertreter der akademisch gebildeten Lehrerschaft: Schulrat Weiß in Nürnberg (Wahlkreis 26) und Seminaroberlehrer (jetziger mecklenburgischer Staatsminister) Sivkovich in Schwerin (Wahlkreis 35). Am stärksten vertreten sind die oberen Beamten. Von ihnen wurden gewählt Bergrat Gothein in Breslau (Wahlkreis 7 und 9), Oberbürgermeister Pohlmann in Kattowitz (Wahlkreis 10), Bürgermeister Hesse in Dessau (Wahlkreis 12), Legationsrat Frhr. v. Richthofen in Berlin (Wahlkreis 16), Bürgermeister Dr. Luppe in Frankfurt a. Main und Oberbürgermeister Dr. Koch in Cassel (beide im Wahlkreis 19), Amtsgerichtsrat Dr. Wulffen in Zwickau (Wahlkreis 30) und Oberbürgermeister Dietrich in Konstanz (Wahlkreis 33). Das sind insgesamt 15 Abgeordnete. **Welches die sieben anderen Beamten unter den demokratischen Abgeordneten sein sollen, von denen die eingangs erwähnte Zusammenstellung spricht, läßt sich bei der Unvollständigkeit der im Augenblick vorliegenden Meldungen noch nicht völlig übersehen. Es scheint jedoch, als ob dabei auch Staatsminister gezählt worden sind, die als eigentliche Beamten-Vertreter kaum anzusprechen sein dürften.**

Ein ähnliches Bild bietet auch — vom Standdunkt der demokratischen Beamtenschaft aus gesehen — das Ergebnis der Wahlen zur preußischen Landesversammlung. Auch hier haben die unteren Beamten keinen der ihrigen durchzubringen vermocht, doch kann wohl der nachgenannte Abgeordnete Riedel auch als Vertreter gelten. Als Vertreter der mittleren Beamtenschaft können allem Anschein nach gelten: Bürgermeister Laser in Angerburg (Wahlkreis 1), Stadt-Sekretär Schmiljahn in Danzig (Wahlkreis 2), Generalsekretär Oswald Riedel (vom Allgemeinen Eisenbahner Verband) in Charlottenburg (Wahlkreis 6) und Bürgermeister Jann Berghaus in Nordeney. Zahlreich ist wiederum der Volksschullehrerstand vertreten. Gewählt sind Lehrer Otto in Charlottenburg (Wahlkreis 5), Rektor Hermann Juds in Kolberg (Wahlkreis 7), Rektor Kopsch in Berlin (Wahlkreis 11), Rektor Paul Sommmer in Burg bei Magdeburg (Wahlkreis 12), Volksschuhllehrer Hermann Degenhardt in Erfuhrt (Wahlkreis 13), Lehrer Jacob Wittrock in Flensburg (Wahlkreis 14) und Lehrer Kimpel in Kassel (Wahlkreis 19). Hinzu kommen auch hier die Vertreter des akademischen Lehrerstandes: Oberlehrer Heine (Wahlkreis 1, Ostpreußen), Studienrat Georg Scheumer in Magdeburg (Wahlkreis 12) und Schuldirektor Dr. Otto Jordan in Hamborn (Wahlkreis 23). Von oberen Beamten wurden gewählt: Landgerichtsdirektor Kanzow (Wahlkreis 1), mit dem ein aufrichtiger Freund der Beamten und allzeit williger Förderer ihrer Interessen wieder in das preußische Parlament einzieht, ferner Bürgermeister Winkler in Graudenz (Wahlkreis 2), Oberbürgermeister Dominicus in Schöneberg (Wahlkreis 5), Oberbürgermeister Bernhard Schnackenburg in Altona (Wahlkreis 14), Stadtrat Dr. jur. Otto Ruer in Kiel (Wahlkreis 14) und Legationsrat Frhr. von Richthofen (Wahlkreis 15).

Das sind 20 bekannte Abgeordnete, die bei einer Gesamtziffer von 66 Mandaten auch wiederum ungefähr ein Drittel aller demokratischen Abgeordneten darstellen.

Auffallend ist, daß besonders die Volksschullehrer einen so verhältnismäßig großen Anteil an den errungenen Mandaten der Partei haben. Das könnte hier und da Befremden erregen und vielleicht als eine ungerechtfertigte Bevorzugung dieses Standes durch die Parteiinstanzen aufgefaßt werden. Dieser Schein trügt jedoch. Der größere Anteil der Volksschullehrer an den errungenen Mandaten entspricht nur ihrer größeren politischen Regsamkeit. Der Volksschullehrerstand ist — darüber kann gar kein Zweifel bestehen — weitaus besser politisiert, als die übrigen Schichten des deutschen Beamtenstandes. Nicht nur, daß fast jeder Lehrer auch die Mitgliedskarte einer politischen Partei in der Tasche trägt, er geht auch in die politischen Versammlungen, und versucht, diesen sein ganz spezielles Gepräge aufzudrücken. Der Erfolg eines solchen politischen Eifers kann natürlich nicht ausbleiben — und die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung haben unseren Parteifreunden in der Lehrerschaft diesen Erfolg gebracht, zu dem man ihnen nur von Herzen gratulieren kann.

Ihr Erfolg ist aber zugleich der beste Beweis dafür, wie falsch es von den übrigen Beamten ist, zu sagen: Erst muß die Partei etwas für uns tun, bevor wir uns ihr anschließen können. Wer ist denn die Partei? Sind es einzelne politische Köpfe von überragender Bedeutung, oder sind es nicht vielmehr die organisierten demokratischen Wählermassen? Wie kann man diesen zumuten, Kandidaten von Berufsgruppen aufzustellen, die aus ihrer Passivität der Partei gegenüber nicht herauszutreten vermögen. Nein, wenn die Beamten Erfolge in der Partei haben wollen, dann dürfen sie nicht abwarten, bis die Partei zu ihnen kommt, sie müssen selbst in die Partei hineingehen, und durch den größten politischen Eifer versuchen, ihr das Gepräge aufzudrücken, daß nach ihrem Sinne richtig ist. Der Erfolg wird sich dann — wie das Beispiel der Lehrerschaft zeigt — gar bald einstellen.

Noch eine Lehre geben uns die Wahlen. Auch die Lehrerschaft vermißt — trotz der verhältnismäßig großen Zahl ihrer Vertreter — manchen ihrer führenden Leute. Das hätte sich vermeiden lassen, wenn die Kollegen eine bessere Berufsdisziplin gewahrt hätten. Es läßt sich das diesmal noch durch die gebotene Eile erklären, mit der eine im völligen Neuaufbau begriffene Partei ihre Kandidatenlisten aufstellen mußte. Für die Zukunft wird es sich aber doch empfehlen, wenn die Beamtenkandidaturen im engsten Einvernehmen mit den lokalen Beamtenausschüssen und vor allem auch mit dem bei der Parteileitung befindlichen Demokratischen Beamtenausschuß aufgestellt werden. Es besteht dann in einem viel größeren Maßstabe die Gewähr, daß die Beamtenschaft auch wirklich ihre führenden Leute gewählt sieht, wie sich denn überhaupt durch dieses Vorgehen auch eine bessere Plazierung ihrer Kandidaten erreichen läßt.

Stadttheater.

Max und Moritz. Sechs Bubenstreiche nach Wilhelm Busch von Günther. — Es war ein Hauptspaß für die kleine Gesellschaft, die am Sonnabend Nachmittag das Theater füllte, die beiden bösen Buben bei ihren Schelmerstücken zu belauschen. So mancher von den Kleinen hätte wohl am liebsten gleich mitgewirkt, anstatt nur zuzuschauen. Vielleicht holt er das Versäumte zu Hause noch ein. Wofür wäre denn sonst die Schaubühne „eine moralische Anstalt?" Erfreulicherweise hat sich der Bearbeiter getreulich an die Verse Buschs gehalten, ebenso war der Spielleiter, Herr Wölflinger, mit Erfolg bemüht, die Bühnenbilder möglichst der Darstellung des Meisters anzupassen. Lotte Röpke-Sedello und Dora Hagen machten sich als Max und Moritz bei den Kindern beliebt. Auch die übrigen Personen, an denen die beiden Spitzbuben ihren Uebermut auslassen, waren in gelungener Weise verkörpert. Großen Eindruck machte die Verwüstung, die das Explodieren der Tabakspfeife in der Wohnung des Lehrers Hämpel anrichtete. Jedenfalls war es, wie der Theaterzettel ankündigte, „ein heiterer Nachmittag für Klein und Groß."

Aus Stadt und Land.

Thorn, 10. Februar 1919.

— **Das Eiserne Kreuz 2. Klasse** erhielt Max Pioch, Scharfschützen Abtlg. 18, Sohn des Zimmerpoliers P. in Thorn.

— **Erhöhung des Bestellgeldes für Pakete.** Infolge der außerordentlich starken Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Paketbestelldienstes hat sich die unabweisbare Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Bestellung der Pakete bei allen Postanstalten zu erhöhen. Vom 15. Februar ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden: Im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für Pakete bis 5 Kg. einschließlich 20 Pfennig, für schwerere Pakete 30 Pfennig; bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für Pakete bis 5 Kg. einschließlich 10 Pfg. für schwere Pakete 15 Pfg. Im Landbestellbezirk für Pakete bis zweieinhalb Kg. einschließlich 15 Pfg., für schwerere Pakete 30 Pfg. Für die Einsammlung von Paketen werden erhoben: im Ortsbestellbezirk für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht 10 Pfg., im Landbestellbezirk für Pakete bis zweieinhalb Kg. einschließlich 10 Pfg. und für schwerere 30 Pfennig.

— **Ostdeutschland.** Die west- und mitteldeutschen Handels- und Industriekreise werden im „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen" Essen (Heft 15) aufgefordert, sich mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung des ostdeutschen Marktes durch Zurückweisung der fremden Annexionsgelüste zu verwenden und alle ihre Beziehungen zu benutzen, um gegen diese Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens zu arbeiten. Es ist dringend notwendig, daß auch die Angestellten und Arbeiter in allen Betrieben auf die große Gefahr der Abtrennung ostdeutscher Landschaften hingewiesen werden, da dadurch eine schwere Steuerbelastung und ein schwerer Mangel an Lebensmitteln sowie eine geringere Beschäftigung der deutschen Fabriken wegen fremder Konkurrenz und Abschließung des russischen Marktes droht. Alle deutschen Kaufleute und Fabrikanten, die nicht sofort mit aller Schärfe diese Frage behandeln, machen sich eines schweren Vergehens gegen das deutsche Wirtschaftsleben schuldig. Sie müssen daher überall in der Oeffentlichkeit darauf drängen, daß diese Frage zu einer der Hauptfragen unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens erhoben und fortgesetzt besprochen wird.

— **Selbstversorgerration für landwirtschaftliche Arbeiter.** Zur Förderung der Zuwanderung von Arbeitern auf das Land werden künftig alle in Landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben beschäftigten Arbeiter den Selbstversorgern gleichgestellt. Das Reichsernährungsamt hat an die bewirtschaftenden Reichsstellen Anweisung dahin ergehen lassen, daß allen Arbeitern, die in landwirtschaftlichen Betrieben Arbeit nehmen und nach den jetzigen Bestimmungen keinen Anspruch auf die Ration der Selbstversorger haben, diese zu gewähren ist.

— **Freigabe von Gummibereifung für Kraftfahrzeuge.** Im Publikum ist vielfach die Meinung verbreitet, daß nach Beendigung des Krieges die Gummibereifung für Kraftwagen in größerem Maßstabe für die Allgemeinheit freigegeben werden kann. — Dem ist aber leider nicht so. Abgesehen davon, daß gelegentlich des Rückzuges aus den feindlichen Gebieten eine große Menge von Bereifungen abhanden gekommen ist, benötigt das Heer für den Grenzschutz im Osten wieder erhebliche Mengen von Bereifungen. Auch die erzwungene Abgabe an die Entente, sowie das Versagen der Eisenbahnverbindungen und die damit im Zusammenhang stehende Verwendung von Kraftwagen zur Beförderung von Kohlen Lebensmitteln ꝛc. verschlingen einen weiteren großen Teil der vorhandenen Gummibestände. Es muß also nach wie vor so sparsam wie möglich mit dem zur Verfügung stehenden Material verfahren werden. Zur Freigabe an das Publikum stehen deshalb nur ganz geringe Mengen zur Verfügung. Die Freigabe erfolgt nach wie vor von derselben Stelle, die auch während des Krieges über die vorhandenen Bestände verfügt hat. Die Stelle ist jetzt als Technische Abteilung für das Automobilwesen (Tabil) zum Reichsverwertungsamt übergetreten, befindet sich aber immer noch Berlin, Krausenstraße 67/68. — Alle eingehenden Anträge werden auf ihre Dringlichkeit hin geprüft.

— **Freigabe des Absatzes von Dörrgemüse.** Der Waffenstillstand und die damit einsetzende Demobilmachung von Heer und Marine haben zur Folge, daß ganz erhebliche Mengen von Dörrgemüse nicht mehr für die bewaffnete Macht benötigt werden. Da außerdem weitere Mengen an Dörrgemüse bereits hergestellt oder in der Herstellung begriffen sind, hat sich die Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse veranlaßt gesehen, den bisher untersagten Absatz von inländischem Dörrgemüse freizugeben.

— **Zur Neuregelung der Kohlenwirtschaft.** Ueber den im Reichswirtschaftsamt vorbereiteten Gesetzentwurf zur Neuordnung der Deutschen Kohlenwirtschaft sind in den letzten Tagen in der Presse, vor allem in den süddeutschen Blättern völlig irreführende spezialisierte Angaben veröffentlicht worden. Demgegenüber muß ganz allgemein festgestellt werden, daß der unter der besonderen Leitung des Geheimen Oberfinanzrats Dr. Meydenbauer im Reichswirtschaftsamt vorbereitete Gesetzentwurf gegenwärtig zur Stellungnahme in einzelnen Ressorts vorgelegt ist und von ihnen beraten wird. Alle Einzelheiten über seinen speziellen Inhalt sind verfrüht und, soweit die bisherigen Veröffentlichungen erkennen lassen, auch völlig falsch und daher irreführend. Die Oeffentlichkeit wird sich schon gedulden müssen, bis die einzelnen Fachressorts über den Gesetzentwurf gesprochen haben, und bis er als ein Ganzes der öffentlichen Kritik vom Reichswirtschaftsamt ohne Zwischenfälle unterbreitet wird.

— **Die Gründung einer Ortsgruppe Thorn des Verbandes der Büroangestellten Deutschlands** erfolgte am Freitag abend im Nicolaischen Saale in der Mauerstraße. Ihm traten sofort 43 Damen und Herren als Mitglieder bei. In den Vorstand wurden gewählt: Arbeitsnachweis-Verwalter Densow als Vorsitzer, Bürogehilfe Schacht als Kassierer, Bürogehilfe Zanger als Schriftführer, Bürovorsteher Klarenthal und Frl. Richau als Beisitzer. Die recht gut besuchte Versammlung wurde vom Vorsteher des Verteilungsamtes Herrn Densow geleitet. Der Gauleiter des Büroangestellten-Verbandes, Herr Loops aus Danzig, hielt einen Vortrag über das Thema: „Was müssen die Angestellten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage tun?" Der Verband der Büroangestellten, der eine Organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage ist, will unter Ausschluß religiöser und parteipolitischer Fragen alle wirtschaftlichen Interessen der Büroangestellten aller Geschäftszweige energisch fördern. Der Verband kämpft insbesondere für bessere Gehalts- und Anstellungsbedingungen und für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung.

— **Krieger-Verein Thorn.** Die gut besuchte Hauptversammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Herrn Stadtbaurat Kleefeld, mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Es begrüßte die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder und forderte sie auf, auch fernerhin treu zum Verein zu stehen, damit das Kriegervereinswesen weiter blühen und gedeihen möge. Ein Hoch auf den Kriegerverein Thorn schloß die Ansprache. Der Jahres und Kassenbericht wurde verlesen und genehmigt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde vom bisherigen Vorstande aus der Wunsch geäußert, daß möglichst neue Kräfte sich diesen Ehrenämtern widmen möchten. Es wurden hierauf durch Zuruf einstimmig gewählt: Zum 1. Vorsitzer Kamerad Haberland, zum 2. Kleefeld und zum 3. Kanter, zum 1. Schriftführer Neitzel und als Stellvertreter Fechner, als Kassenführer Schmidt und Schweiger. Kamerad Haberland übernahm den Vorsitz und forderte die Kameraden auf, immer recht zahlreich zu den Versammlungen zu erscheinen. Auch bat er, bei Beerdigungen verstorbener Kameraden, sich rege zu beteiligen.

— **Der Sportverein „Hohenzollern"** hielt im Vereinslokal Hotel Hindenburg eine Versammlung ab, um über Wiederaufnahme des Fußballsports schlüssig zu werden. Leider hat der Krieg große Lücken gerissen und es bedarf erst reichlichen Ersatzes, um das Spiel aufnehmen zu können.

— **Der städtische paritätische Arbeitsnachweis hat von einer der größten Zuckerfabriken und Samenzüchtereien im Bez. Magdeburg den Auf-**

trag erhalten, eine große Anzahl von Männern und Frauen zur Arbeit zu überweisen. Männer erhalten außer freier Verpflegung und Unterkunft einen Tagelohn von 5 bis 6 Mark. Mädchen und Burschen einen solchen von 4 bis 5 Mark. Freie Hin- und Rückfahrt, wenn diese bis einschl. 20. 12. 19 in der dortigen Arbeit verbleiben. Die Arbeit ist teils Fabrik, teils Landarbeit. Da wir in Thorn mit noch zunehmender Beschäftigungslosigkeit zu rechnen haben, können wir die Annahme der vorhin erwähnten Beschäftigung nur empfehlen.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Dienstag, den 11. Februar 1919: Wolkig, wärmer, Niederschläge.

---

z Culm. Kohlenferien. Infolge der ausgebliebenen Kohlenzufuhren hat die städtische Gasanstalt ihren Betrieb einstellen müssen, weshalb die Stadt ohne Beleuchtung ist. Die städtischen Schulen haben „Kohlenferien" geben müssen. — Dem Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich bewilligte die Stadt Culm eine Beihilfe von 500 Mark.

Dirschau. Raubmord. Von Einbrechern wurde in Dalwin Kreis Dirschau auf dem Grundstück des Ansiedlers Hohmeyer der dort beschäftigte Arbeiter Morach, der „Danz. Ztg." zufolge erschossen, während Frau H. erheblich verletzt wurde. Am Donnerstag nachmittag ließ sich in der Schlafstube ein verdächtiges Geräusch vernehmen. Da Hohmeyer abwesend war, wollten seine Frau und Morach sehen, was es gäbe. Beim Oeffnen der Schlafzimmertür wurden sie von einem Schrotschuß empfangen, der M. am rechten Arm und Frau H. an den Beinen verletzte. Als die beiden darauf umkehrten, erhielt Morach noch aus allernächster Nähe einen Schrotschuß in den Rücken, der in kurzer Zeit seinen Tod herbeiführte. Frau H. und das Dienstmädchen flüchteten zu Verwandten im Dorf, um Hilfe herbeizuholen. Die Einbrecher waren aber schon unerkannt entkommen unter Mitnahme der vorhandenen Barmittel von 4100 Mark. Von dem geraubten Gelde sind 1200 M. Kriegsanleihepapiere. Nach den gemachten Beobachtungen sind bei der Tat drei Personen in Feldgrau beteiligt gewesen. In derselben Nacht ist dem Rittergutsbesitzer Dobois-Lukoschin ein Rappwallach gestohlen, es ist anzunehmen, daß es sich um dieselben Täter handelt. Die Spuren führen nach Hohenstein bezw. Danzig hin.

Aus aller Welt.

Die Flugpost Berlin—Weimar,

die wir amtlich mitgeteilt wurde, während der Tagung der Nationalversammlung Briefe usw. auf dem Luftwege befördern wird, hat am 5. Februar zum ersten Male ihren Dienst aufgenommen. Die Flugzeuge der Luftreederei-Gesellschaft verließen um 1 Uhr den Flugplatz Johannisthal und landeten um 3 Uhr 4 Minuten nach einem gelungenen Flug, der über Leipzig ging, in Weimar. Die Leitung des Flugdienstes ist dem Hauptmann Keller übertragen, der während des Krieges das Bombengeschwader 1 führte. Ihm stehen Kapitänleutnant Bertram und Oberleutnant Udet zur Seite. Oberleutnant Udet steht unter den überlebenden erfolgreichen Fliegern dieses Krieges an erster Stelle.

Die 300 Kilometer lange Strecke Berlin—Weimar wurde in zwei Stunden durchmessen. Der „Vossischen Zeitung" wird über den Flug aus Weimar unterm 5. 2. berichtet:

Der erste Postflug Berlin—Weimar ist glücklich vollendet. Wenige Minuten nach drei Uhr sind die beiden Flugzeuge der deutschen Luftreederei, die die noch druckfeuchte „B. Z. a. M." nach Weimar brachten, in wenigen Minuten Abstand voneinander auf dem Flugplatz bei Weimar gelandet. Sie warfen ihre Last, vier große Pakete, nieder, die dann der Geschäftsstelle in Weimar abgeliefert wurden. Berühmten deutschen Fliegern war die Aufgabe übertragen worden, diesen Flug zu organisieren und durchzuführen, der, wie man wohl ohne Uebertreibung annehmen darf, vorbildlich und bahnbrechend sein wird für die festländische Postbeförderung.

Um 3 Uhr 03 Minuten hören wir Propellergeräusch- und gleich darauf sehen wir auch hinter der Flughalle das Flugzeug herankommen. Auf der weißen Schneefläche vor der Halle ist ein Kreuz ausgeschaufelt, das trotz der dunstigen Luft ein sehr gut sichtbares Landungszeichen ist. Außerdem wurde eine Leuchtpistole abgeschossen, deren weiße Sterne den Fliegern das Zeichen gaben, daß man sie angemeldet hat und ihre Landung erwartet. Die Flieger gaben durch einen Schuß aus ihrer Leuchtpistole das Zeichen, daß sie unsere Zeichen verstanden hatten.

Das erste Flugzeug „L. V. G. Nr. 6" geht mit wehender Flagge schnell nieder und landet. Von weitem schon winken die Insaßen. Schnell rollt das brave Flugzeug zur Halle heran. Der Führer Leutnant Degener, und sein Beobachter, Oberleutnant Grünich, werden von uns, die wir in höchster Spannung der Ankunft geharrt hatten, freudig begrüßt. Sie übergeben die ihnen anvertraute Post und müssen noch im Flugzeug sitzend, mit kurzen Worten ihre Reiseerlebnisse berichten. Glücklicherweise haben sie nichts anderes zu erzählen, als daß ihr Flug glatt vonstatten gegangen ist.

Während wir uns noch mit ihnen unterhalten — es ist 3 Uhr 10 Minuten — kommt auch schon das zweite Flugzeug an, geführt von Leutnant Könnecke, dem Pour le merite-Ritter, und mit Kapitänleutnant Plüschow, dem Flieger von Tsingtau, als Beobachter. Auch ihnen bereiteten wir einen begeisterten Empfang. Schnell wird die Post der beiden Flugzeuge in Kraftwagen verladen und nach Weimar gebracht, wo nach wenigen Minuten die neuesten Berliner Zeitungen, zum Erstaunen nicht nur der Weimarer, sondern auch der Berliner, die sich sonst nicht leicht über etwas freuen auf den Straßen verkauft werden.

Thorner Strafkammer.

Thorn, 8. Februar 1919.

Wegen Diebstahls hatte sich die 24 Jahre alte Arbeiterin Wanda Gronowski aus Briesen zu verantworten. Sie ist eine unverbesserliche Diebin und wegen dieses Verbrechens schon sieben Mal vorbestraft. Als sie am 10. September 1917 nach Klein Wallitsch zum Kartoffelgraben ging, trat sie in das Haus der Kätnerfrau Borowski, um angeblich Obst zu kaufen. Dabei entwendete sie 90 M. und eine goldene Uhr nebst Kette. Bei einer Haussuchung am nächsten Tage fand man das Gestohlene bei ihr vor und nahm es ihr ab. Das Urteil des Gerichts lautete auf 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, auch wurde die Angeklagte wegen Fluchtverdachtes sofort verhaftet.

Standesamt Thorn.

Vom 6. bis 8. Februar 1919.

Sterbefälle: Unteroffizier Molkereigehilfe Emil Basler 35 J. 3 M., Hausbesitzerin Franziska Zielinski geb. Motylewski 67 J., Kuno Richter 1 J. 4 M., Arbeiterwitwe Minna Salewicz geb. Bethge 76 J., Eisenbahnschaffner Emil Timm 49 J. 2 M., Xaweria Dylewska ohne Beruf 54 J. 5 M.

Neueste Nachrichten.

Der letzte feindliche in Deutschland internierte Dampfer abgeliefert.

Hamburg, 9 Februar. (Drahtnachricht.) Der englische Torpedobootszerstörer „Tysbe" ist in den hiesigen Hafen eingelaufen. Das letzte in Deutschland interniert gewesene Handelsschiff, der Dampfer „Cosma", ist mit deutscher Mannschaft heute nach England abgefahren.

Kiautschau.

Bern, 9. Februar. (Dr.) Wie Progrès de Lyon aus Paris erfährt, will man dort wissen, daß der chinesischen Regierung seitens der japanischen Gesandtschaft in Peking vorgeschlagen wurde, die Frage von Kiautschau, die die übrigen Konferenz-Mächte nicht besonders interessiere, nicht auf der Friedenskonferenz zu erledigen, sondern lediglich zwischen Japan und China direkt zu regeln.

Das Hauptquartier der Alliierten im Orient.

Athen, 9. Februar. (Dr.) General Franchot d'Esterrey wird am Donnerstag Salonini verlassen, um sich nach Konstantinopel zu begeben und dort das Hauptquartier der Alliierten im Orient einzurichten.

Zur Lage in Portugal.

Lissabon, 9. Februar. (Dr.) Havas. Die republikanischen Streitkräfte setzten ihre Konzentration rund um Oporto fort. Sie werden die Stadt angreifen, falls die Aufständischen sich nicht vorher ergeben. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Madrid, 9. Februar. (Dr.) Ministerpräsident Romanones erklärte dem portugiesischen Geschäftsträger, daß die spanische Regierung nur die verfassungsmäßige republikanische Regierung in Lissabon anerkenne.

Eisenbahnerstreik in Marienburg.

Danzig, 10. Februar. (Drahtnachricht) Der Eisenbahnverkehr Berlin—Königsberg ist seit gestern Mittag unterbrochen, da in Marienburg ein Streik der Eisenbahner vom Betriebsdienst herrscht. Der gestrige Berliner Nachtzug liegt noch vor Marienburg.

Bekanntmachung.

Auf Grund der von der Reichsregierung herausgegebenen Verordnung vom 24. 1. 1919 betreffend

Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten

während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung wird folgendes bestimmt:

Betriebsunternehmer und Büroinhaber einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts und der Rechtsnachfolger sind grundsätzlich verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Zivilinternierten einzustellen, welche bei Ausbruch des Krieges als Angestellte bei ihnen beschäftigt waren und nicht später einen wichtigen Grund zur fristlosen Kündigung gegeben haben und deshalb entlassen werden mußten.

Die gleiche Pflicht haben die Betriebsunternehmer und Büros gegenüber den Kriegsteilnehmern, die zur Zeit des Kriegsausbruchs ihrer Dienstpflicht bei dem Heere, der Marine oder den Schutztruppen genügt und deshalb aus ihrer früheren Beschäftigung als Angestellte bei ihnen ausgeschieden waren.

Die Einstellungspflicht erstreckt sich auch auf solche Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges noch schulpflichtig waren und erst später in die Beschäftigung als Angestellte und von dieser, ihrer ersten Stelle unmittelbar in den Dienst des Heeres eingetreten sind.

Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn sich die Angestellten nicht binnen 2 Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung, oder sofern sie bei dem Inkrafttreten noch nicht aus dem Heere oder der Marine entlassen waren, binnen 2 Wochen nach ihrer ordnungs- oder behelfsmäßigen Entlassung zur Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihrem Arbeitgeber gemeldet haben.

Die Wiedereingestellten sind tunlichst in gleicher Weise zu beschäftigen wie vor dem Kriege. Sie haben jedoch auch andere Arbeiten zu übernehmen, die ihnen billigerweise zugemutet werden können.

Wiedereingestellte haben Anspruch auf dieselbe Vergütung, die den Daheimgebliebenen unter sonst gleichen Verhältnissen gewährt wird.

Die Entlassung der wiedereingestellten Kriegsteilnehmer pp. kann frühestens zum Ablauf des auf den Monat der Wiedereinstellung folgenden 3. Kalendermonats erfolgen.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung von ihnen beschäftigten Angestellten weiter zu beschäftigen, soweit diese auf Erwerb angewiesen und nicht während des Krieges von einem anderen Ort zugezogen sind.

Angestellten, die hiernach weiter zu beschäftigen sind, darf nicht zu einem früheren Termin als zum **28. Februar 1919** gekündigt werden. Eine am 1. 11. 18, 31. 12. 18 oder zu einem späteren Zeitpunkte bis zum 28. 2. 19 ausgesprochene Kündigung wird unwirksam, wenn die Aufhebung innerhalb zweier Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung von dem Angestellten bei dem Arbeitgeber verlangt wird. Die Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung erstreckt sich nicht auf Angestellte, die nur zur vorübergehenden Aushilfe angenommen sind.

Müssen infolge der besonderen Verhältnisse des Betriebes Entlassungen vorgenommen werden, die nur im Benehmen mit dem Angestelltenausschuß oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Mehrzahl der Angestellten erfolgen dürfen, so ist die Zahl und Art der zur Entlassung kommenden Angestellten der Zentralauskunftsstelle für Arbeitsnachweis in Danzig, Landeshaus, vom Arbeitgeber beim Ausspruch der Kündigung anzugeben. Desgleichen ist der hiesige Arbeitsnachweis in Kenntnis zu setzen.

Thorn, den 31. Januar 1919.

Der Magistrat.
Demobilmachungs-Ausschuß.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung vom 4. 1. 19., R. G. B. Nr. 3, Jahrgang 1919, betreffend

Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter

während der wirtschaftlichen Demobilmachung, sind die Unternehmer sowie die Rechtsnachfolger eines gewerblichen Betriebes in dem in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden,

1. grundsetzlich verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer wieder einzustellen, die bei Ausbruch des Krieges in ihrem Betrieb als gewerbliche Arbeiter in ungekündigter Stellung beschäftigt waren und sich binnen 2 Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder, sofern sie bei dem Inkrafttreten noch nicht aus dem Heere entlassen waren, binnen zwei Wochen nach ihrer ordnungs- oder behelfsmäßigen Entlassung zur Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihnen melden.
2. Die gleiche Pflicht hat der Betriebsunternehmer gegenüber den Kriegsteilnehmern, die zur Zeit des Kriegsausbruchs ihrer Dienstpflicht bei dem Heere oder der Marine genügten und deswegen aus den Betrieben des Unternehmers bereits ausgeschieden waren;
3. erstreckt sich die Einstellungspflicht des Unternehmers auf die Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges noch schulpflichtig waren und erst später in den Betrieb des Unternehmers und von dieser, ihrer ersten Arbeitsstätte, unmittelbar in den Dienst des Heeres oder der Marine eingetreten sind.

   Solche Kriegsteilnehmer sind tunlichst in dieselben Arbeitsplätze einzustellen, die sie vor dem Kriege innegehabt haben.

Müssen durch besondere Verhältnisse des Betriebes Entlassungen vorgenommen werden, die nur im Benehmen des Arbeiterausschusses oder der sonst nach der Verordnung vom 23. 12. 18. vorhandenen Vertretungen der Arbeiter erfolgen dürfen, so ist die Zahl und Art der zur Entlassung kommenden Arbeiter dem Arbeitsnachweis vom Arbeitgeber beim Ausspruch der Kündigung anzuzeigen.

Bei Entlassung von Arbeitern ist eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen innezuhalten, soweit gesetzlich nicht längere Kündigungsfristen vorgesehen oder vereinbart sind.

Entschließen sich die von einem anderen Ort zugezogenen Arbeiter, nach Ausspruch der Kündigung in ihre Heimat zurückzukehren, so ist ihnen der Lohn für den Rest der zweiwöchigen Kündigungszeit vom Arbeitgeber auszuhändigen. Erreicht dieser Abschlagslohn den Betrag von 200 Mark nicht, so hat der Arbeitgeber dem Arbeiter für die Reise ein Zehrgeld von 10 v. H. des Abschlaglohns zu gewähren.

Wird die Rückreise innerhalb 5 Tagen nach der ausgesprochenen Kündigung angetreten, so gewährt die Eisenbahnverwaltung freie Beförderung für den Arbeiter und evtl. auch für seine Familie. Die Vorlage eines polizeilichen Abmeldescheines und einer Bescheinigung des Arbeitgebers über den Zeitpunkt der Kündigung ist erforderlich.

Vorstehende Bestimmungen gelten sinngemäß auch für Betriebe mit geringerer Arbeiterzahl.

Thorn, den 6. Februar 1919.

Der Magistrat. Erwerbslosenfürsorge.

Butterausgabe.

Auf Abschnitt Nr. 15 der Lebensmittelkarte K können von den Versorgungsberechtigten in den als Butterverkaufsstellen bezeichneten Geschäften

62,5 Gramm Butter

zum Preise von 4.36 Mark für ein Pfund bezogen werden.

Die Butter darf nur in dem Geschäft entnommen werden, welches die Eintragung als Kunde bewirkt hat.

In der städtischen Verkaufsstelle Bäckerstr. 35 kann von allen Versorgungsberechtigten ohne Rücksicht darauf, wo sie als Kunde eingetragen worden sind, gegen denselben Abschnitt

62,5 Gramm Margarine

zum Preise von 2.22 Mark für 1 Pfund abgefordert werden.

An Militärurlauber, Binnenschiffer und Personen, die sich nur vorübergehend in Thorn aufhalten, sowie auf Zusatzmarken für Schwerstarbeiter wird Butter nur in der städtischen Verkaufsstelle Bäckerstraße abgegeben; dagegen kann Butter für Kranke nur in den Geschäften, bei welchen der Haushalt des Kranken als Kunde eingetragen ist, bezogen werden.

Der heute aufgerufene Abschnitt gilt bis auf Widerruf.

Thorn, den 8. Februar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Freiwillige.

Für den

Grenzschutz von Thorn

sucht das Infanterie-Regiment 21

Freiwillige aller Dienstgrade und Truppengattungen.

Infanteristen, Artilleristen, Kavalleristen, Pioniere, Nachrichtentruppen und Train können sich melden:

Neue Inf.-Kaserne Rudak, Zimmer 16.

Bedingung.

Gute Disziplin und vaterländische Gesinnung.
Verpflichtung auf volle Monate.
Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade (Mannschaften monatlich 30 M.). Außerdem 5 M. den Tag. Gute Verpflegung. Familienunterstützung. Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.
Ausweise und Entlassungspapiere sind mitzubringen.

Infanterie-Regiment von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21
Thorn-Rudak.

Alle Reparaturen
an Fahrrädern, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Grammophonen u. aller Arten Waffen zc. werden schnell und sauber ausgeführt.
Lewandowski, Mocker, Lindenstraße 8.

Ein kleiner Laden
vom 1. 4. zu vermieten.
Schillerstraße 7, I.

Kontrollkassen
National-Totaladdierer, ältere und neuere Modelle kaufen wir gegen bar. Offerten unter J. O. 6751 an Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19.

Wachs
kauft „Anker"-Drogerie, Elisabethstr. 12/14.

Soeben erschien neu in 4200. Auflage
Hygiene der Ehe
Aerztlicher Führer für Braut und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Berlin.
Aus dem Inhalt: Ueber die Frauen-Organe. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! etc — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz etc. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gefühlskälte. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Neurasthenie und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems etc. — Bezug gegen Einsendung von M. 2.— franco oder Nachnahme durch Medizin-Verlag Dr. Schweizer, Abt. 105, Berlin NW 87 Repkowpl. 5.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 11. Februar
vormittags von 10—12 Uhr findet auf dem Schießplatz

Artillerie-Uebungsschiessen
statt.

Die über den Schießplatz führenden Wege und die Argenauer Chaussee sind während dieser Zeit gesperrt.

Kommandantur des Fußartillerie-Schießplatzes Thorn.

In das Handelsregister A ist die Firma „Erste Thorner Möbelfabrik Paul Borkowski" in Thorn und als ihr Inhaber Tischlermeister Paul Borkowski in Thorn eingetragen worden.

Thorn, den 3. Februar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister A ist die Firma Max Cron, Eisenwarengroßhandlung in Thorn, und als ihr Inhaber Kaufmann Max Cron daselbst eingetragen worden.

Thorn, den 3. Februar 1919.

Amtsgericht.

Bericht

über die Tätigkeit des parität. städtischen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorgestelle.

In der Zeit vom 1.–7. Februar 1919 einschließlich haben sich beim Arbeitsnachweis gemeldet:
281 männliche Personen
125 weibliche „

Beschäftigung nachgewiesen wurde:
184 männlichen Personen
111 weiblichen „

Erwerbslosen-Unterstützung haben bis einschl. 7. Februar 19 beantragt:
59 männliche Personen
2 weibliche „

Unterstützung erhalten bezw. haben erhalten:
28 männliche Personen
1 weibliche Person.
19 Antragsteller erhielten abschlägigen Bescheid bezw. ist die Unterstützung entzogen worden.
2 Antragsteller erhielten noch vor Ablauf der Wartezeit Beschäftigung.
4 Anträge wurden zurückgezogen,
8 Anträge sind noch nicht abgeschlossen.

Von den 61 Antragstellern haben 26 geeignete Beschäftigung erhalten.

Thorn, den 8. Februar 1919.

Der Magistrat.
Erwerbslosenfürsorge.

Aachener u. Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Infolge Ablebens unseres Vertreters, des Herrn Hugo Goewe in Firma Robert Goewe in Thorn, ist unsere

Thorner Vertretung

neu zu besetzen.

Schriftliche Bewerbungen solcher Herren, die über genügende Verbindungen in allen Kreisen verfügen, erbittet

Die General-Agentur Danzig
Ernst Ewert, Breitgasse 121 2.

Lehrling

für mein Lebensmittel-, Wein- und Spirituosen-Geschäft suche zum 1. April.

Carl Seidel, Friedrichstr. 14.

Eine erste Putzarbeiterin
2 jüng. Putzarbeiterinnen
ein Lehrmädchen
für den Verkauf sucht
Marie Stutterheim

Bäckermeister

ledig, sucht Stelle als Werkführer vom 15. d. Mts. ab. Angebote unter H. N. 252 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Grenzschutz!

Musiker

stellt ein Musik-Korps des Infanterie-Regiments 21 in Thorn.

Meldung:
Neue Infanterie-Kaserne, Rudak, Zimmer 16.

Bedingung:
Gute Disziplin und vaterländische Gesinnung. Verpflichtung auf volle Monate. Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade (Mannschaften monatlich 30 Mark), außerdem den Tag 5 Mark Gute Verpflegung Familienunterstützung. Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.

Ausweise und Entlassungspapiere sind mitzubringen.

Inf.-Regt. von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21
Thorn-Rudak.

Grenzschutz!

Handwerker gesucht:

Schuhmacher, Schneider, Maschinenschlosser, Beschlagschmiede.

Meldung: Neue Infanterie-Kaserne, Rudak, Zimmer 16.

Bedingung:
Gute Disziplin und vaterländische Gesinnung. Verpflichtung auf volle Monate. Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade, (Mannschaften monatlich 30 Mark), außerdem 5 Mark den Tag. Gute Verpflegung. Familienunterstützung. Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.

Ausweise und Entlassungspapiere sind mitzubringen.

Inf.-Regt. von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21
Thorn-Rudak.

Gebt uns Bücher!

Im Grenzschutze von Thorn sind täglich hunderte von Soldaten im Wachtdienst.

Tagein, tagaus, ohne jede Abwechslung versehen wir unsern geistig ermüdenden Dienst.

Helft uns über die geisttötende Langeweile hinweg und gebt uns Bücher!

Lesestoff aller Art nehmen wir dankbar an. Abholung erfolgt noch Benachrichtigung durch **Infanterie-Regiment von Borcke (4 Pomm) Nr. 21,** neue Infanterie-Kaserne (Werbebüro).

Aufruhrversicherung!

Entgegennahme von Versicherungsanträgen gegen Schäden durch öffentliche Unruhen sowie

Auskünfte über Prämien u. Bedingungen

jederzeit durch die

Generalagentur A. Hentze,
Posen O 1, Paulikirchstraße 1.

Heute Montag, **letzter Tag:**

Die Spinne mit dem lebenden Mädchenkopf.

Von Dienstag bis Freitag:

Iwa.

Das lebende Rätsel oder der sprechende Menschenkopf.

Außerdem:

Professor Fürst

mit ganz neuen Zaubereien.

H. Wassmann, Brückenstraße 40.

Zu äusserst günstigen Preisen sofort ab unserm Lager lieferbar:

Maschinenöl-Destillate

Prima Motoren-Sattdampf und Heißdampf **Cylinderöle**

Deutsche Rückstands- und Teerfettöle

Maschinen-, Wagen-, Leder- und Huffette, ferner sämtl. technische Bedarfsartikel

Maschinenabteilung der Ueberlandzentrale Westpreußen G m b. H.
Marienwerder Wpr. Fernruf 370 75.

Deutschnationaler Volks-Verein.

Stadt- und Landkreis Thorn.

Am Freitag, den 14. Februar, nachm. $2\frac{1}{2}$ Uhr:

Sitzung

des Vorstandes und sämtlicher Ausschüsse im kleinen Saale des Schützenhauses.

Tagesordnung:

Wahl von Vertretern zum Landesausschuß der deutschnationalen Volkspartei der Provinz Westpreußen.

Die Vorsitzenden unserer sämtlichen ländlichen Ortsgruppen, sowie die Vertreter unserer Parteimitglieder auf dem Lande, soweit sie noch nicht in Ortsvereinen organisiert, werden dringend gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Die Vorstands- und Ausschußmitglieder aus Thorn Stadt, denen die Teilnahme aus Berufsgründen erschwert ist, werden ersucht, wenigstens vorübergehend an den Beratungen teilzunehmen.

Der Vorstand.

Artushof.

Sonnabend, d. 22. Februar 1919
abends $7\frac{1}{2}$ Uhr

Konzert

Kammersänger Robert Hutt

Eintrittspreise Mk 5.–, 4.–, 3.–, 1 —
Walter Lambeck, Buchhandlung, Elisabethstr. 20.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3.

Von Dienstag bis Donnerstag:

Das Hochzeitslied

Drama in 4 Akten.

Hauptdarsteller:

Paul Bertram . . . . Aristid Olt
seine Frau . . . . Clara Peterdy
deren Tochter . . . . Irene Barta
Strom, Richter . . . . Richard Kornay
usw.

Tante Minchens Abenteuer

Lustspiel. Hauptrolle **Lya Ley.**

Tante Minchen . . . . Leoni Horsko
Helmut, ihr Neffe . . . . Heinz Wolff
sein kleines Frauchen . . . . **Lya Ley**
Leo und Max, Helmuts Freunde . . . . . . " "

Metropol-Theater

Friedrichstraße 7.

Von Dienstag bis Donnerstag:

Die Rachegöttin

Drama in 4 Akten von Else Kressin. Hauptrolle **Gerd Nissen.**

Sr. Hoheit Brautfahrt

Lustspiel in 3 Akten von Franz Hofer.

Hauptrolle: **Senta Söneland, Carl Auen, Lya Ley, Fritz Russ.**

Aenderungen vorbehalten.

Schuhreparaturen

aller Art, auch

Vorschuhen von alten Schuhen
Besohlungen mit Leder

führt schnellstens aus

Städt. Schuhausbesserungshaus
Baderstraße 28.

Stadt-Theater

Dienstag, 11. Februar, abds. 7 Uhr:
Neu einstudiert!

„Nathan der Weise".

Mittwoch, 12. Febr., nachm 3 Uhr:
Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!
Ermäßigte Preise! Zum 2. Male!

„Max und Moritz".

6 Bubenstreiche nach Wilhelm Busch.
Abends 7 Uhr:
Außer Abonnement! Zum 3. Male!

„Hannerl".

Donnerstag, 13. Februar, 7 Uhr!
Zum 4. Male!

„Das Dreimäderlhaus."

Verein „Frauenwohl"

Thorn.

Hauptversammlung

Mittwoch den 12. Februar cr.
nachmittags 5 Uhr,
im „Schwarzen Adler", Brückenstr.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wichtige Mitteilungen.

Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Damen-Frisier-Salon
Karl Gehrtz, Schillerstrasse 2
Kopfwaschen mit Teerseife
Ondulieren — Frisieren
Anfertigung aller Haararbeiten.

Haarnetze, Haubennetze, Stirnnetze
in allen Größen, empfiehlt
F. Sieg,
Heiligegeiststraße 12.

Empfehle meinen

Damen-Salon

Frisieren,
Ondolieren, Kopfwäsche.
J. Hoppe, Inhaber F. Sieg,
Heiligegeiststraße 12.

Wer erteilt
russ. Sprachunterricht?
Gefl. Angebote unter W 261 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Fast neue feldgraue
Militäruniform und Mantel
zweireihig, (Offizierstuch) mittlere gesetzte Figur, zu verkaufen bei
August Würtz,
Argenau, Poststraße.

Nähmaschinen (Singer)
verkauft
G. Brückmann, Thorn, Schloßstr. 14, 2

---

1 mah. Cylinderbüro 1 Stutzuhr, 1 mah. Sofatisch, 1 Eisschrank, ein Küchenspind, 2 Wäschespinde, ein Gaskocher mit 3 Flammen, 1 groß. Oelbild, 1 Servierklappesse, 1 Tafelwaage, Schirmständer, Schnürstiefel, verschiedene Gläser zu verkaufen bei Bonin Culmerstr 11, unten, links.

Gebrauchter

Rollwagen

einspännig, gesucht.

S. Jacob, Graudenz
Marienwerderstraße 9, Telefon 147.

Eine Brieftasche

mit größerem Inhalt in der Mittelstandsküche gefunden. Abzuholen im Büro des
„Kriegsspeisehaus," Bachestr. 4.

---

100 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir die Diebe nachweist, welche mir in der Nacht vom 9 zum 10. d. Mts. aus meinem Stall 3 Pferdegeschirre, 2 Decken von Kutschwagen gestohlen haben.

Gustav Ackermann
Thorn III.